

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

34. Jahrgang / 235

7. Dezember 1979

IG Metall-Vorsitzender Eugen Loderer kündigt energischen gewerkschaftlichen Widerstand gegen die Rundfunkpläne der CDU/CSU an.

Seite 1/2

Bundesgesundheitsministerin Antje Huber signalisiert Kompromißbereitschaft bei der Ausweitung familienpolitischer Leistungen.

Seite 3/4

Klaus Wettig, sozialdemokratischer Europa-Abgeordneter, sieht neue Gefahren für die Demokratie in Portugal.

Seite 5

Die Beseitigung der Kinderarbeit bleibt auf der Tagesordnung.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 6 12-1

Front gegen die NDR-Zerschlagung

Interessen der Arbeitnehmer dürfen nicht auf der Strecke bleiben

Von Eugen Loderer
Vorsitzender der IG Metall

Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht macht Ernst mit seinen Plänen zur Zerschlagung der Drei-Länder-Anstalt NDR.

Was ursprünglich mit einer besseren regionalen Versorgung des Landes Niedersachsen begründet worden war, wird nun in seiner weitreichenden politischen Zielsetzung deutlich: Es geht um die Etablierung einer Zwei-Länder-Anstalt für Niedersachsen und Schleswig-Holstein unter Ausschluß von Hamburg, um einen einseitig parteipolitisch ausgerichteten Sender, um eine "schwarze Welle" im Norden der Bundesrepublik. Das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem, das sich bewährt hat und ein Gegengewicht darstellt zur privatrechtlich strukturierten und privatwirtschaftlich orientierten Presse, wird damit zum Spielball parteipolitischer Machenschaften.

Die Zerschlagung des NDR und die Errichtung einer CDU-beherrschten Zwei-Länder-Anstalt ist der erste Schritt; die Zulassung privater Sender im Sendegebiet Niedersachsen wird



dem folgen. Bringt die Zwei-Länder-Anstalt die parteipolitische Gleichschaltung und damit eine Einschränkung der Meinungsvielfalt, so werden die privaten Sender ein völlig konsumorientiertes Unterhaltungsprogramm, finanziert durch Werbeeinnahmen, liefern. Die neuen Kommunikationstechniken machen es möglich.

Mit dem vordergründigen Argument der Vielfalt des Angebotes werden in Wirklichkeit Rundfunk und Fernsehen parteipolitischen und privatwirtschaftlichen Interessen ausgeliefert.

Die Fernseh- und Rundfunkzukunft, die sich daraus ergibt, ist fundamental gegen die Interessen der Arbeitnehmer gerichtet. Sie höhlt außerdem eine wichtige Grundlage demokratischer, öffentlich kontrollierter und umfassender Informationsmöglichkeiten aus.

Parteilpolitische Einseitigkeit und kapitalkräftige Gruppen werden nach dem Willen von Albrecht und anderer konservativer Medienpolitiker die Rundfunklandschaft in Zukunft bestimmen. Die Unterdrückung kritischer Stimmen, die Einstimmung der Hörer und Zuschauer auf konservative Inhalte und die totale Vermarktung der Informationsmöglichkeiten im Interesse der Wirtschaft sind die drohende Zukunftsvision für Rundfunk- und Fernsehteilnehmer im norddeutschen Raum.

Die Interessen der Arbeitnehmer, sowohl als Empfänger der Programme wie auch als Journalisten und Mitarbeiter in Rundfunkanstalten, bleiben hier auf der Strecke. Medienpolitik heißt für die IG Metall, sich für diese Interessen mit Nachdruck einzusetzen. Es ist daher unsere Aufgabe, mit allem Nachdruck gegen die Pläne zur Zerschlagung der Drei-Länder-Anstalt NDR Front zu machen.

Der Vorstand der IG Metall hat seine Entschlossenheit, diese Entwicklung nicht einfach hinzunehmen, durch seinen Beschluß bekräftigt, der Rundfunk-, Fernseh- und Film-Union, den Mitarbeitern des NDR und der Hansestadt Hamburg jede erdenkliche Unterstützung zu geben, um die Drei-Länder-Anstalt zu erhalten. Hier steht nicht nur das Schicksal einer einzelnen Rundfunkanstalt auf dem Spiel. Hier muß eine konservative und an Kapitalinteressen ausgerichtete Wende, ein Schlag gegen die Qualität unserer Rundfunk- und Fernsehprogramme, verhindert werden.

(-/7.12.1979/ks/10)

+ + +



Familienleistungen weiterentwickeln

Kompromiß in der Frage der Hilfen für einkommensschwache Haushalte erscheint möglich

Von Antje Huber MdB

Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit

Familienpolitik als ein Hauptthema der aktuellen politischen Auseinandersetzung war auch diesmal nur ein Randthema des SPD-Parteitages. Die SPD will demnächst eine familienpolitische Konferenz abhalten. Immerhin hat sich eine von vier Arbeitsgruppen des Parteitages außer mit der Rentenproblematik auch mit den Vorschlägen befaßt, die die Wehner-Kommission zur Weiterentwicklung von Kindergeld, Elternurlaub und anderen für die Familie wichtigen sozialen Bereichen entwickelt hat.

Die Diskussion hat gezeigt, daß man gerne auch über Grundsätzliches reden will, auch wenn es keine große Meinungsverschiedenheit über die Ziele von Familienpolitik bei Sozialdemokraten gibt. Familie wird bejaht, Bevölkerungspolitik abgelehnt. Allerprivateste Entscheidungen sollen nicht erkaufte, die Freiheit der persönlichen Lebensgestaltung soll nicht angetastet werden. Zu sehen ist dagegen die Vielzahl der Aspekte, unter denen Politik der Familie hilfreich sein kann - keineswegs nur materielle.

Bei aufmerksamem Studium läßt das Papier der Wehner-Kommission sofort die zwei Hauptgedanken erkennen, denen die künftige Entwicklung folgen soll:

- Mehr Chancengleichheit für alle Kinder durch gerechtere staatliche Hilfen;
- mehr Hilfen zur besseren Vereinbarkeit von Familienaufgaben und Beruf für beide Eltern.

In zwei von drei Modellen zur Weiterentwicklung des Kindergelds wird ein einkommens- und Kinderzahlbezogener Zuschlag zum Kindergeld empfohlen, um aus knappen Steuermilliarden mehr für diejenigen zu machen, die mit kleinen Einkommen bei der Kindererziehung die relativ größten Opfer bringen - Abkehr vom Gießkannenprinzip also.

Das dritte Modell hält sich mit Vorschlägen zur Erhöhung des Zweit- und Drittkindergeldes auf der herkömmlichen Linie.

Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden zwei Varianten angeboten:

- Pro Elternteil 1 1/4 Jahr Elternurlaub mit Kündigungsschutz innerhalb von 2 1/2 Jahren;
- Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um zwei Stunden ebenfalls für 2 1/2 Jahre und beide Eltern.

Der Elternurlaub wäre ohne Lohnfortzahlung zu gewähren. Als mögliche flankierende Geldleistung wäre eine Regelung nach dem Arbeitsförderungsgesetz (58 Prozent) für zehn Monate denkbar oder auch ein Familiengeld als Zuschlag für 12 Monate.

Das Zusammentreffen solcher Überlegungen mit der aktuellen steuer- und familienpolitischen Diskussion ist nicht ganz ohne Brisanz, denn der Bundesfinanzminister folgt mit seinem vorgeschlagenen Kindergrundfreibetrag keineswegs dem Beschluß des SPD-Bundes-



parteitags von 1977, der schon vor zwei Jahren eine Kindergeldentwicklung verlangt hat, die geringe Familieneinkommen stärker berücksichtigt. Der Kindergrundfreibetrag würde bedeuten, daß steuerpflichtige Eltern künftig monatlich pro Kind 29,32 DM sparen. Er würde von Bund, Ländern und Gemeinden zusammen finanziert. Es ist richtig, wenn der Bundesfinanzminister meint, daß durch die gemeinsame Finanzierung ein größeres Finanzvolumen möglich wird - vorausgesetzt, das Konzept geht unangetastet bei den Ländern, das heißt im Bundesrat durch. Hier aber werden wir auf alle Fälle auch die Vorschläge der Opposition (Wiedereinführung der alten Steuerfreibeträge, Erziehungsgeld) auf den Tisch bekommen.

Niemand kann sagen, wie das Ergebnis aussehen wird. Es ist auch offenkundig, daß beim Kindergrundfreibetrag mehr als 2 1/2 Millionen Kinder unberücksichtigt blieben und daß es neue schwierige Regelungen für alleinerziehende Eltern zu finden gilt. So ist der Kindergrundfreibetrag letztlich ein mögliches, aber keineswegs unbürokratisches und allen wohlschmeckendes Konzept.

Auch unter dem Eindruck, daß es selbstverständlich in Kürze einen Kompromiß zu finden gilt, bei dem keine Seite ihre Idealvorstellungen durchsetzen kann, ist es legitim, wenn jede Seite zu Beginn von Verhandlungen eigene Vorschläge auf den Tisch legt, um die Ausgangspositionen klar abzustecken. Einkommensgrenzen sind sicher zur Zeit durchsetzbar, jedoch könnten ein auf ihnen aufbauender kräftiger Zuschlag zum Kindergeld ein gutes Gegengewicht zu Tarifkorrekturen bilden, von denen Kleinverdiener nichts haben. Und so erfüllt der Vorschlag immerhin eins: Klarzumachen, für wen man - und sei es in einem längeren Zeitraum - eigentlich mehr streiten muß.

Gegen Einkommensgrenzen werden grundsätzliche Einwände vorgebracht, von denen, die ein sozial gestaffeltes Kindergeld, aufbauend auf dem vorhandenen Sockel, nicht wollen. Von manchen werden sie wegen des bürokratischen Aufwandes abgelehnt. Aber dieser ist nicht größer als das, was man an Zusatzregelungen für die aus dem Grundfreibetrag herausfallenden Kinder machen müßte. Es wären da ziemlich einfache Konzepte vorstellbar, einfachere, als wir bei anderen sozialen Gesetzen schon akzeptiert haben (Wohngeld, Ausbildungsförderung), die wir ja auch um der größeren Gerechtigkeit willen verabschiedet haben. Auch dem Einwand der Ungerechtigkeit an der jeweiligen Einkommensgrenze, könnte durch einen abgestimmten Übergang begegnet werden.

Fest steht, es wird und muß einen Kompromiß geben. Dies ist nicht unwürdig in der Demokratie, wenn man nicht alles aufschieben will bis zu einem fraglichen Zeitpunkt X, der veränderte Mehrheiten bringt. Und so lange können wir nicht warten. Den Kompromiß schließlich zu akzeptieren, bedeutet nicht, daß man seine eigentlichen Vorstellungen verschweigen muß. Im Gegenteil, jede Partei macht ja auch ein Programm für sich.

In der Arbeitsgruppe IV wurde jedenfalls der Eindruck vermittelt, daß die Sozialdemokraten die künftige Weiterentwicklung der Familienleistungen sehr ernst nehmen, unbeschadet der Tatsache, daß es bei Kindern um weit mehr geht als um Geld.

(-/7.12.1979/ks/10)

+ + +



Probleme für die neue Mitte-Rechts-Regierung Portugals

Ohne eine starke Sozialistische Partei ist die Demokratie des Landes gefährdet

Von Klaus Wettig

Mitglied des Europäischen Parlaments

Der Stimmenrückgang der portugiesischen Sozialisten von acht Prozent zu einem erdrutschartigen Verlust von 32 Sitzen bewirkte - ein Drittel ihrer 114 ursprünglichen Parlamentsmandate -, wird das seit 1974 bestehende portugiesische Problem nicht lösen. Denn nur der erste Anschein spricht für beginnende politische Stabilität. Träger von einer rechten Parlamentsmehrheit, für die Fortdauer der politischen Krise gibt es viele Anzeichen.

Es ist schwer vorstellbar, das unter der Führung des autoritären, aber kooperativen Francisco Sa Carneiro des aus der rechtsliberalen PPD/PSD, der christlich-demokratischen CDS und der unbedeutenden monarchistischen PPM zusammengeführten "Mitte-Rechts-Allianz" die Regierung nicht bald in schwieriges politisches Fahrwasser geraten wird. Eine Operationsplattform gegen die ungeliebten "Errungenschaften der Revolution" und die gleichfalls ungeliebten Sozialisten zu entwerfen, ist eine Sache. Sie mit einer Parlamentswahl-Mehrheit durchzusetzen, eine andere. Selbst wenn die persönlichen und politischen Probleme der "Allianz" zu steuern sein sollten, so müßten doch die wirtschaftlichen und sozialen Probleme Portugals von diesem Mitte-Rechts-Koalition nicht zu meistern sein. Das von wirtschaftlichen Schwierigkeiten und sozialen Spannungen geschüttelte Portugal ist nur unter Einbeziehung der Linken regierbar, die allein die Zustimmung der Arbeitnehmer und wichtiger Teile der Landbevölkerung gewinnen können.

Es wird einer Regierung Sa Carneiro wenig nutzen, wenn sie ein günstigeres Investitionsklima in der Wirtschaft erreicht, aber dafür verschärfte soziale Ansicherungsmaßnahmen in Kauf nehmen muß. Angesichts des kurzen Zeitraums bis zur nächsten voraussichtlichen Parlamentswahl im Herbst 1980 bestehen zu Recht Zweifel daran, ob bis zu dieser Wahl überhaupt wirtschaftspolitische Erfolge zu erreichen sind.

Das Dilemma der "Allianz" wird kaum von Vorteil für die Sozialisten sein. Die Sozialisten - seit der Wahl zur verfassunggebenden Versammlung im April 1975 die eindeutig führende Partei Portugals - haben zuviel an Kredit verspielt, als daß es realistisch wäre, ihnen eine rasche Rückkehr in die Regierung zu prophezeien. Die Sozialisten haben sich dauernde Verdienste erworben, als es 1975/76 darum ging, die gerade errungenen demokratischen Freiheiten gegen Angriffe zu verteidigen. Diese Verdienste vermochten die Schwächen der Sozialisten in den folgenden Jahren nicht zu verdecken. Eine unglückliche Koalitionspolitik, wenig Geschick bei der Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes und mehr Personal-Querelen als die gesamte Partei verkraften konnte, haben den Wählerschwund eingeleitet, der jetzt zur Wahlniederlage führte.

Die nur selten sachkundige Diskussion über Portugal vergißt selten, daß die Probleme des Landes, seine vermeintliche Unregierbarkeit nicht von der Revolution oder gar von den Sozialisten erzeugt wurden. Portugals Probleme, seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten, seine sozialen Spannungen und sein mangelhaft funktionierendes Parteiensystem haben ihre Wurzeln in der 50jährigen Salazar/Caetano-Diktatur. Jede politische Kraft wird bei diesem Erben vor fast unüberwindlichen Schwierigkeiten stehen.

Den Sozialisten Portugals, die als Partei nach wie vor die wichtigste politische Kraft des Landes bilden, bleibt nur zu wünschen, daß sie die Kraft zur verantwortlichen politischen Stabilisierung finden, denn ohne eine handlungsfähige sozialistische Partei wird Portugal keine gesicherte demokratische Zukunft haben. (7.12.1979/k/10)



Noch immer gibt es Kinderarbeit in Europa

Vor allem in armen und rückständigen Gebieten stellt sich das Problem

Noch immer gibt es Kinderarbeit in vielen Gegenden Europas. Auch gesetzliche Maßnahmen, bessere Bildungsmöglichkeiten und verschärfte Kontrollen konnten die Kinderarbeit bisher nicht voll beseitigen. Diese betrübliche Tatsache wurde jetzt sowohl von der EG-Kommission in Brüssel als auch vom Europarat in Straßburg bekannt gemacht. Experten bezeichnen in Straßburg die Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft als ein "nur oberflächlich kaschiertes Problem".

Der sozialistische Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Liam Kavanagh aus Irland, richtete an die EG-Kommission die Frage, was sie zu tun gedenke, um jegliche Form von Kinderarbeit in der EG völlig auszuschalten. In seiner Antwort erklärte der für Sozialfragen zuständige EG-Kommissar Henk Vredeling unter anderem: "Vier Mitgliedstaaten der Gemeinschaft haben die Übereinkunft Nr. 138 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) ratifiziert: die Bundesrepublik, Irland, Luxemburg und die Niederlande. In acht unserer Mitgliedstaaten gibt es ein Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung, wobei als allgemeine Norm das Alter von 15 und zuweilen 16 Jahren gilt. In Belgien dagegen ist dieses Mindestalter noch immer auf 14 Jahre festgelegt."

In fast allen unseren Mitgliedstaaten fällt das Mindestalter mit dem Ende der Schulpflicht zusammen. In Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Irland, Luxemburg und den Niederlanden zum Beispiel ist die Verbindung zwischen Schulpflicht und Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung gesetzlich geregelt. Hier besteht also ein enger Zusammenhang zwischen dem Ende der Schulpflicht und der Zulassung zum Arbeitsprozeß.

In einigen Gebieten unserer Gemeinschaft, vor allem in den ärmeren und rückständigeren, wird das durch nationale Gesetz festgelegte Mindestalter systematisch übertreten. Dort gibt es zum Teil in großem Maße Kinderarbeit, so daß man von einer Art illegalem Arbeitsmarkt für Kinder sprechen kann - eine Lage, die die Kommission für sehr besorgniserregend hält. Dieser Zustand ist angesichts der wirtschaftlichen Unterentwicklung, der strukturellen Arbeitslosigkeit und der traditionellen Arbeit höchst ungesund und spiegelt die für diese Gebiete typischen Verhältnisse wider. Die Kommission untersucht derzeit das Problem der Ratifizierung der IAO-Übereinkommen. Zur Zeit gibt es keine Pläne zur Bekämpfung der Kinderarbeit, weil es sich dabei um interne strafrechtliche Angelegenheiten der Mitgliedstaaten handelt, so daß allein diese handeln können. Die Mißstände auf diesem Gebiet stehen im Widerspruch zu den einzelstaatlichen Gesetzen: Die nationalen Behörden sollten daher darauf achten, daß die geltenden Bestimmungen eingehalten werden.

Egon C. Hoffmann
(-/7.12.1979/vo/hs/10)

